

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

10.2.1906 (No. 46)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 10. Februar.

№ 46.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: Vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1906.
Einzugsgebühr: die gespaltene Pettzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Mit Erlaß des Ministeriums des Innern vom 1. Februar 1906 wurde dem Amtsrevisor Johann Schreiber zum Zwecke des Uebertritts in den Dienst der Stadtgemeinde Konstanz die nachgesuchte Entlassung aus dem staatlichen Dienste erteilt.

Durch Entschliebung Großh. Steuerdirektion vom 3. Februar d. J. wurde Steuerkommissärassistent Karl Zöfel in Karlsruhe zum Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Pforzheim-Stadt, Steuerkommissärassistent Gerhard Bruttel in Adolfszell zum Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Durlach, Steuerkommissärassistent Richard Lachenmayer in Müllheim zum Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Adolfszell und Steuerkommissärassistent Eugen Wehrle in Forstberg zum Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Müllheim bestellt, sowie Steuerkommissärassistent August Haller beim Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Karlsruhe-Hand jenem für den Bezirk Karlsruhe-Stadt zugewiesen.

Durch Entschliebung Großh. Steuerdirektion vom 6. Februar d. J. wurde die Veretzung des Buchhalters Otto Müller bei dem Großh. Finanzamt Hornberg zu dem Großh. Finanzamt Ueberlingen zurückgenommen.

Durch Entschliebung Großh. Steuerdirektion vom 7. Februar d. J. wurde Steuerkommissärassistent Fintan Bächle in Offenburg zum Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Karlsruhe-Hand und Steuerkommissärassistent Adolf Sängler in Konstanz zum Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Offenburg bestellt.

Die Zollverwaltung hat unterm 1. Februar den Hauptamtsassistenten Friedrich Weidenhammer in Pforzheim zum Steuerkontrolleur ernannt und den Hauptamtsassistenten Adolf Rudi in Basel nach Grenzachhorn zur Veretzung der Zollverwalterstelle dazugewiesen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die Marokko-Konferenz.

(Telegramme.)

SRK. Berlin, 9. Februar.

Ein deutscher Zeitungskorrespondent in Paris, der gern den Anwalt der französischen Marokkopolitik macht, glaubt etwas Neues zu melden, mit der Ankündigung, die Forderung eines Generalmandats für Frankreich in der marokkanischen Polizeifrage werde vermutlich bald verschwinden, wenn nur Deutschland gewisse Konzessionen mache. Dieser ganze Gedankengang ist irreführend. Frankreich hat schon bei vertraulicher Erörterung der Frage die Forderung eines ausschließlich französischen Polizeimandats stillschweigend aufgegeben, aber nicht gegen deutsche Zugeständnisse und überhaupt nicht aus Rücksicht für Deutschland, sondern im wohlverstandenen eigenen Interesse. Die Republik würde mit der Forderung eines französischen Generalmandats bei der Konferenz glatt abgefallen sein, sie würde sich damit auch in Widerspruch zu ihrer eigenen feierlichen Erklärung gesetzt haben, wonach sie die Souveränität des Sultans von Marokko, die Integrität seines Reichs und die offene Tür für den wirtschaftlichen Wettbewerb anderer Mächte ehrlich respektieren will. Das reine französische Polizeiregime würde für Marokko und die dort interessierten Nichtfranzosen tatsächlich der Ausübung einer französischen Schutzherrschafft gleichkommen. Daß also Frankreich kein Mandat verlangt, das nur ein anderer Name für Protektorat wäre, ist einfach ein Gebot taktischer Klugheit, kein Wechselsberichts, für den Gegenleistungen anderer Mächte gefordert werden können.

Die Konferenz bietet für Frankreich ein Mittel, um den bisher vermischten Ausgleich zwischen seinen so stark betonten Sonderansprüchen und der nun einmal international feststehenden Gleichberechtigung anderer Mächte in Marokko herbeizuführen. Wir sind bereit, an einem solchen Ausgleich ex dono et aequo mitzuwirken. Aber wir sind nicht nach Algerien gegangen, um uns in der Entwicklung der deutschen Interessen in Marokko in Zukunft französische Fesseln anlegen zu lassen, die wir dort früher nicht getragen haben.

* Paris, 8. Febr. Deputiertenkammer. Die sozialistischen Deputierten Sembal, Jaurès und Bailant verlangten von der Regierung darüber Auskunft, ob sie für die in der Angelegenheit der Konferenz von Algerien und der Marokkofrage eröffnete Kampagne die Verantwortung übernehme. Ministerpräsident Rouvier erwiderte hierauf, die Fragesteller legten es darauf an, ihn noch einmal die Last der Verantwortung zu lassen, daß die französische Presse eine unbeschränkte Freiheit genieße und daß die Regierung die Kampagne weder gebilligt, noch inspiriert, noch einer Zensur unterworfen habe. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß es nicht angebracht sei, eine neue Erörterung über die auswärtige Politik ins Auge zu fassen, wo noch die Verhandlungen in Algerien andauerten. Jaurès erlachte an, daß der Standpunkt der Regierung richtig sei, stellte aber fest, daß die Maßnahmen, die ihn zu der Interpellation veranlaßt hätten, eine Gefahr darstellten und zog hierauf die Interpellation zurück. Hiermit ist die Angelegenheit erledigt.

* Tanger, 9. Febr. Einbrecher schlichen sich in die englische Gesandtschaft ein und raubten aus dem Zimmer des Gesandten Schmuckfachen und Geld.

Franzosen über Deutsche.

* Der Pariser „Gil Blas“ schreibt mit Bezug auf die letzte Nummer des „Simplicissimus“, deren Titelblattzeichnung nebst zugehörigem Text wieder einmal in größter Weise über den deutschen Offiziersstand herzieht:

„Ein Herbe hätte nach dieser Richtung niemals sich schärfer äußern können. Das Bild ist ebenfalls bezeichnend. Es stellt einen feingeleiteten Herrn und einen Schmiebegesellen mit Leberschutz und Hammer dar, Personifikationen der Bourgeoisie und des gemeinen Volkes, die mit Wärme der französischen Republik die Hand schütteln. Wir müssen gestehen, daß unsere nationale Eigenliebe sich recht wenig geschmeichelt fühlte von der Art und Weise, wie der deutsche Künstler die Blige unserer Marianne wiedergegeben hat. Sie ist eine ausgemergelte, schwarze, magere, welle Dicke, die mit dem kraftvollen Weibe Auguste Barbiers nichts als die physische Ähnlichkeit gemein hat. Doch so, wie sie ist, scheint sie die teutonischen Pazifisten zu entzünden, die ihr zurufen: „O Frankreich, reiche uns deine Hand mit vollem Vertrauen! uhm.“

„Das aber ist noch nicht alles“, fährt der „Gil Blas“ fort:

„Das deutsche Blatt endet ebenso, wie es beginnt. Auf seiner ersten Seite schmückt es auf das preussische Heer; auf der letzten verpöckelt es den germanischen Chauvinismus, den ein dicker, schmirblicher, schwammwüchziger und giftbehafteter, aber höchst unerschämter anzusehender Herr verkörpert. Der Karikaturist nennt ihn den „Freund des Vaterlandes“. Ihm zur Seite ein armer Teufel von Arbeiter, augenscheinlich ein Sozialdemokrat, ausgehungert, in gestickter Hose, der seine Pfeife raucht und eine Flasche Bier an sein Herz drückt. Beide richten ihren Blick auf Germania, die an ihren Opfermut mit den Worten appelliert: „Helfet eurer Mutter Germania! Gebt mir die Mittel, groß und stark zu sein!“ Der Chauvinist ruft tief bewegt aus: „Ja, alles was wir haben, gehört dem Vaterlande! Ja, nimm hin!“ Und reichliche Tränen vergießend, reicht er Germania hochherzig — Pfeife und Flasche, die er eben den Händen des armen verblüfften Sozialdemokraten entziffen hat.“

Im Anschluß an diese genaue Beschreibung des Bildes ruft der „Gil Blas“ dem „Simplicissimus“ spöttisch entgegen:

„Bravo, verehrter Kollege! Das ist fürwahr gute und nützliche Propaganda... jenseits des Rheins. Injultiere getrost weiter Deine Offiziere und Deine Patrioten: ich bin es gewiß nicht, der Dich daran hindern will. Für meine Abonnenten ziehe ich die Lektüre dieser Art von Prosa entschieden den wider Frankreich sag sprühenden Versen eines Kändt oder eines Ködner vor.“

Wir enthalten uns, die Wirkung dieser Auslassung des französischen Blattes durch irgend einen Zusatz abzuschwächen, bemerken die „Samburger Nachrichten“ dazu mit Recht.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 8. Februar.

Abg. Pauli-Rotsdam (konf.) erklärt, die Handwerker hätten mit der Gründung von Genossenschaften teilweise so schlechte Erfahrungen gemacht, daß man es ihnen nicht verübeln könne, wenn sie darauf nicht mehr große Hoffnungen für die Hebung des Handwerkerstandes setzen. Die ablehnende Haltung des Staatssekretärs gegenüber dem sogenannten Keinen Befähigungsnachweis sei recht beklagenswert. Die Durchführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsverkehr hält Kieber für durchaus möglich. Die schwarzen Listen der Arbeitgeber seien ebenso berechtigt, wie die von den Arbeitern geführten Listen.

Abg. Eidhoff (frei. Vp.) rügt, daß sein Fraktionsgenosse Dr. Mugdan von den Sozialdemokraten wegen seines Glaubensbekenntnisses angezapft wurde. Es sei allgemein bekannt, daß Dr. Mugdan getaufter Jude sei. Eine Partei, in der seit Marx so viele Juden führende Stellungen eingenommen haben, sollte mit antisemitischen Anwendungen vorsichtiger sein.

Abg. v. Gerlach (Hosp der frei. Vp.) bepricht besonders die soziale Lage der Landarbeiter und wünscht Ausdehnung der Krankenversicherung auf diese und auf das Gefinde.

Abg. Sasse (Soz.) wendet sich gegen die Kampfesweise der christlichen Bergarbeiterorganisation im Ruhrrevier gegen die Führer des sozialdemokratischen Verbandes. Die Arbeiterschaft, auch wenn sie christlich organisiert ist, läßt sich nicht mehr einfließen durch das Via Popula vom Himmel. Ueberall geht es vorwärts mit unseren Ideen, selbst in den schwärzesten Bezirken, seitdem die neue Zollpolitik zur Geltung gekommen ist. Redner unterzieht dann das preussische Berggesetz einer abfälligen Kritik und bezeichnet die Zustimmung des Zentrums zu diesem Gesetz als einen schweren Fehler. Die Kohlenbarone haben das Gesetz in ihrer Weise ausgelegt und dabei die Unterstützung der Bergbehörde gefunden.

Abg. Bargmann (frei. Vp.) fragt an, was aus der Vogel-schuhkonvention geworden sei. Jedenfalls sei der Austausch der Ratifikation mit Frankreich noch nicht erfolgt. Eine Beschleunigung dieser Angelegenheit sei dringend erwünscht. Wenn man für die Forderungen des Schubes für die Menschen eintritt, solle man auch der Vögel gedenken.

Rummeh verlag das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr. — Schluß 6 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 9. Februar.

Präsident Graf Ballesirem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Am Bundesratsstisch die Staatssekretäre Dr. Graf v. Posadowsky und Dr. Nieberding.

Die Novelle zum Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit und die Bestimmung des Gerichtsstandes von Mitläuferpersonen wird debattelos in zweiter Lesung angenommen.

In fortgesetzter Etatberatung fordert Abg. Giesberts (Zentr.) eine Reform des Versicherungswesens und Einführung eines Maximalarbeitstages. Warum sollte die Gesetzgebung zurückschrecken vor der Festsetzung einer 10-stündigen Arbeitszeit und einer minimalen Ruhezeit; ebenso dringend sei eine Regelung des Heimarbeiterswesens. Wenn die reichsgesetzliche Regelung des Bergwesens möglich wäre, würde das Zentrum nicht widersprechen. Leider weigerten sich gewisse große Herren immer noch, das Koalitionsrecht der Arbeiter anzuerkennen. Auch die christlichen Gewerkschaften seien einigen Industriellen unbedeuten.

Redner polemisiert dann gegen den Abg. Sue, der Giesberts fortwährend unterbricht. Als dieser im einzelnen antworten will, schlägt Präsident Graf Ballesirem beiden Abgeordneten vor, sich nach der Sitzung darüber zu unterhalten.

* Berlin, 9. Febr. In der Budgetkommission des Reichstages wurde die Beratung über den Etat für Ostafrika fortgesetzt. Nach längerer Debatte beschloß die Kommission, unter Ablehnung der Regierungsvorlage statt der verlangten acht neuen Bezirksämter nur vier zu bewilligen.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

(Telegramme.)

* Berlin, 8. Febr. In der heutigen Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrates hielt Professor Behring über Tuberkuloseimpfung beim Rindvieh und hygienische Milchherzeugung einen Vortrag, in dessen Verlaufe er erklärte, er werde sein neues Tuberkulosemittel für Menschen nicht früher freigeben, als im Herbst dieses Jahres.

Bei dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrates hielt der Reichszugler eine Ansprache. Er betonte seine Kameradschaft mit der Landwirtschaft und besprach den eben durchlebten Sturm der Fleischsteuerung. Er dankte für die Anerkennung seiner Haltung in dieser Frage, womit er nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch dem Lande gedient zu haben glaube. An Tadel habe es nicht gefehlt von allen Seiten. Aber wer empfindsame Nerven habe, der taugte nicht zum Minister. Es habe auf ihn und auf Robbielsky Angriffe geregnet, von welsch letzterem er hoffe daß sein praktischer Blick und sein Organisationstalent der Landwirtschaft noch lange an verantwortlicher Stelle erhalten bleiben werde. (Bravo!) Die Angriffe dürften ihn aber nicht von der Pflicht abbringen, die ländlichen Verhältnisse zu bessern. Besonders habe die Fleischnot sich in verschiedenen Gegenden drückend fühlbar gemacht und mache sich zum Teil noch fühlbar. Allein es sei unmöglich, solchen wirtschaftlichen Konjunkturen durch schnelle Maßnahmen zu begegnen. Das gepriesene Heilmittel, die Öffnung der Grenzen, schließe Gefahren ein. Soweit die Vieheinfuhr ohne die Gefahr der Seucheneinschleppung möglich sei, sei sie zugelassen und könne sie zugelassen werden. Versagen wir aber dem Viehbestand den nötigen veterinärpolizeilichen Schutz, so sehen wir auch die Konjunktur einer schweren Gefahr aus. Die wirkliche Fleischnot wäre die unausbleibliche Folge. Dies hieße den Teufel durch Besetzung aus-

(Mit einer Landtagsbeilage.)

treiben. Deshalb müssen wir bestrebt sein, uns vom Auslande unabhängig zu machen, um den Viehbestand möglichst zu heben. Wir schützen die Bauern, nicht die Großgrundbesitzer. Er betrachte die Kräftigung des Bauernstandes als vornehmste Pflicht der Regierung, auch aus sozialpolitischen Gründen. (Bravo!) Die Sozialdemokratie kämpft mit Vorliebe gegen den Bauernstand und will den Bauer gewinnen, indem sie ihn überredet, daß er als Besitzer keine Zukunft habe. Zunächst will die Sozialdemokratie den Besitz des Bauernstandes zertrümmern; dann kann der Bauer die Ehre haben, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, um im „roten Meere“ zu ertrinken. Umjomehr haben die Regierungen und der Reichskanzler die Pflicht, den Bauernstand als eines der festesten Fundamente des monarchischen Staats zu schützen und zu sichern. Dieser Pflicht werde er genügen, so lange er an leitender Stelle stehe. „Hierzu erbitte ich die Unterstützung aller bürgerlichen Parteien. So lange der deutsche Bauer auf seiner Scholle und ein erträgliches Dasein hat, wird die Sozialdemokratie nicht herrschen zwischen der Ostsee und den Alpen.“ Der Reichskanzler schloß mit einem Hoch auf die deutsche Landwirtschaft und den Landwirtschaftsrat.

Im weiteren Verlauf des Festmahls führte Graf Valleström aus, daß Reichstag und Landwirtschaft zusammengehören. Minister v. Podbielski dankte für die von allen Seiten ihm entgegengebrachten Beweise des Vertrauens. Der Stützpunkt, worauf das ganze Staatsleben aufgebaut sei, sei das Vertrauen der weiten Kreise der Landbevölkerung. Das Gefühl der Solidarität müssen hinübertragen über alle Parteikämpfe und zum festen Zusammenhänge führen im Interesse der Monarchie und des ersten Gebirges in Deutschland. Es sei zu danken, daß die Notwendigkeit, für die landwirtschaftstreibende Bevölkerung einzutreten, anerkannt sei. Die ländlichen Kreise hielten fest in Treue zu Krone und Altar. Der Minister schloß mit einem Hoch auf die Männer der Wissenschaft, die mit der Landwirtschaft kämpften zur Förderung ihres Erwerbszweiges.

Die österreichische Wahlrechtsreform.

Der bereits telegraphisch mitgeteilte Beschluß, den die deutschen Abgeordneten aus Böhmen in Betreff der Wahlrechtsreform gefaßt haben, hat jetzt, da er eine alle Deutschen gleichmäßig berührende Angelegenheit betrifft, auch die deutschen Abgeordneten der übrigen Länder Oesterreichens beschäftigt. Die Meinung, nicht etwa über die Berechtigung, wohl aber über die Zweckmäßigkeit des Beschlusses war nicht bei allen Deutschen die gleiche. Der Vorstand der deutschen Volkspartei sprach sich dahin aus, daß über die Wahlrechtsreform, so lange ihr Inhalt nicht bekannt sei, bindende Beschlüsse nicht gefaßt werden sollen, und daß speziell seiner Haltung gegenüber der Wahlrechtsreform in diesem Stadium nicht präjudiziert werden könne. Daß darin eine der deutschen Gemeinbürgerschaft nicht eben förderliche Spitze gegen den Beschluß der deutschen Abgeordneten aus Böhmen enthalten ist, kann nicht geleugnet werden, und wenn nicht die Solidarität aller deutschen Parteien (die gerade in einer so wichtigen und alle Deutschen gleichmäßig berührenden Angelegenheit, wie die Wahlrechtsreform, nicht entbehrt werden kann), gefährdet werden sollte, so müßte das zur Wahrung dieser Solidarität eingesetzte Organ, der Biererausschuß der deutschen Parteien, eingreifen. Das ist auch geschehen. In seinem Beschlusse ist der Biererausschuß weder der Resolution der deutschen Abgeordneten aus Böhmen, noch dem Beschlusse des Vorstandes der deutschen Volkspartei beigetreten, sondern, ohne die erstere zu billigen, brach er dem letzteren die Spitze ab, durch welche die deutsche Gemeinbürgerschaft hätte verwundet werden können. Während nämlich der Vorstand der deutschen Volkspartei erklärte, daß das Urteil über die Wahlrechtsreform bis zum Bekanntwerden der Regierungsvorlage aufzuschieben sei, beschloß der Biererausschuß, sein Urteil über den Beschluß der deutschen Abgeordneten aus Böhmen bis zu diesem Zeitpunkte zu suspendieren. Damit ist dem Bedenken des Vorstandes der deutschen Volkspartei Rechnung getragen, aber der Tadel gegen den Beschluß der deutschen Abgeordneten aus Böhmen abgelehnt, der aus der Erklärung des Vorstandes der deutschen Volkspartei herausgelesen werden kann. Diese die weitere Debatte einstweilen abschneidende Erklärung des Biererausschlusses beugt nicht nur einer drohenden Verschärfung der entstandenen Meinungsverschiedenheit unter den deutschen Parteien vor, sie ist auch der Sachlage vollkommen angemessen. Die deutschen Parteien zu binden oder ihrem Urteil über die noch nicht bekannte Regierungsvorlage vorzugreifen, war sicherlich nicht die Absicht der deutschen Abgeordneten aus Böhmen. Ihre Resolution ist für die deutschen Parteien ein Signal, vor Benachteiligung der deutschen Interessen durch ungerechtfertigte Begünstigung der nichtdeutschen Parteien in der Mandatsaufteilung auf der Hut zu sein, für die Regierung eine Warnung, die Widerstandskraft der Deutschen gegen einen Mißbrauch der Wahlrechtsreform zu zweifeln, die mit dem allgemeinen Wahlrecht nichts gemein haben, nicht zu unterschätzen. Das ist mit der Rundgebung erreicht. Die Vorlage wird zeigen, ob die Warnung von der Regierung beachtet wurde oder nicht. In dem einen wie in dem anderen Falle werden wohl die deutschen Parteien durch das gemeinsame Interesse von selbst zu gemeinsamen Vorgehen veranlaßt werden.

Heeresfrage in der Schweiz.

Bern, 8. Febr. Innerhalb der schweizerischen Sozialistenpartei ist die Militärfrage noch immer auf der Tagesordnung, aber es herrscht noch lange keine Einigkeit über diesen Gegenstand unter den Mitgliedern der Partei. In Arau soll dieser Tage eine sozialistische Versammlung stattfinden, in welcher diese wichtige Frage besprochen werden soll. „Der Grütlener“, demokratisches Organ der deutschen Schweiz, schreibt darüber: Wenn die Versammlung in Arau wieder alles Erwarten in das-

selbe Horn stoßen sollte, wie die antimilitaristische Liga, und wenn sie die Ablehnung des Militärbudgets und ähnliche Thorheiten beschließen sollte, dann werden wir auf die Trennung des Grütlis (demokratischer Verein) von der sozialistischen Partei hinwirken. Wir haben diese unfruchtbare Polemik über die Aufhebung der Armee schon satt. — Die „Arbeiterzeitung“ von Winterthur äußert sich in ähnlichem Sinne: „Die Apostel der antimilitaristischen Liga sind Anarchisten und Charlatane. Schwache oder böswillige Geister stellen ihnen Blätter zur Verfügung.“ Bemerkenswert ist, daß diese Agitation in der deutschen Schweiz weniger Fortschritte macht als in der französischen, wo sich Organe finden, wie die „Sentinelle“ in Chaux-de-fonds, welche offen die Soldaten zum Ungehorsam auffordert. Vielleicht ist in dieser Tatsache eine Wirkung der antimilitaristischen Bewegung in Frankreich zu erblicken.

Ruhestörungen bei den Kircheninventuraufnahmen.

(Telegramme.)

Paris, 9. Febr. In Versailles wurde der Inventuraufnahme der Symphorienkirche erbitterter Widerstand entgegengefeht. Als der Präfect Brizon und der französische Beamte die Kirche betreten, wurden sie von den auf dem Chor postierten Manifestanten mit Steinen und Stühlen bombardiert. Der Präfect erhielt eine Verletzung am Kopf. Gendarmen und Truppen drangen in die Kirche ein. Eine Anzahl junger Leute wurde verhaftet, darunter de Segin, der den Präfecten verwundete.

Verailles, 9. Febr. Das Zuchtpolizeigericht hat wegen der Vorkommnisse bei der Inventuraufnahme in der Kirche St. Symphorien einen früheren Offizier, namens de Segin, zu 2 Jahren Gefängnis und 300 Fr. Geldstrafe verurteilt, ferner einen Inoffizier des Zivilspitzes, namens du Samel, zu 2 Jahren Gefängnis und 600 Fr. Geldstrafe, sowie verschiedene andere zu Strafen von 1 Monat bis zu 1 Jahr Gefängnis.

Paris, 9. Febr. Anlässlich der Inventuraufnahme werden Ruhestörungen aus der Provinz gemeldet, insbesondere aus Amélie les Vains, Annonay und Grenoble.

Die französischen Grenzforts.

Der Ehrlichkeit der deutschen Politik ist es zu danken, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sich wieder freundschaftlicher gestalten. Auch die Franzosen scheinen in der Mehrzahl über diesen Ausgang erfreut zu sein. Das hindert aber nicht, daß sich die französische Presse noch immer sehr eingehend mit den wichtigsten Fragen der eigenen Landesverteidigung beschäftigt, denen auch wir naturgemäß ein lebhaftes Interesse schenken müssen. Der militärische Mitarbeiter der „Eüdd. Reichskorresp.“ berichtet hierüber:

Den ersten Anstoß zu jenen Erörterungen haben vor einiger Zeit die Veröffentlichungen des ehemaligen Ministers de Lanessan gegeben, der die militärischen Verhältnisse an der Grenze auf deutscher und französischer Seite mit einander verglich und dabei zu Resultaten gelangte, die in der Forderung gipfelten, Frankreich müsse sofort 600 Millionen Frank zur Verstärkung und Verbesserung seiner Festungswerke im Osten hergeben. Auffallenderweise fanden die Angaben Lanessans ohne jede Prüfung in weitesten Kreisen Glauben und selbst höhere Offiziere befürworteten die Forderungen, die der frühere Minister hinsichtlich der Festungsreformen in den Vordergrund seines Programms gestellt hatte. Unerwartet hat sich nun aber jetzt in diesem Zusammenhang eine vollkommene Wandlung vollzogen, und zwar ist es kein Geringerer als der hochangesehene General Langlois, Mitglied des obersten Kriegsrats, gewesen, der in überzeugender und lehrreicher Darstellung es ausgesprochen hat, daß sein Vaterland in schwere Gefahren geraten würde, wenn es seine Zuflucht nur hinter Befestigungen suchen sollte, anstatt sich klar darüber zu sein, daß der Wert der Festungen und insbesondere des Fortsgürtelsystems an der Ostgrenze ein ganz anderer geworden sei als ehemals. Von besonderem Interesse, auch für uns, an den Ausführungen Langlois sind diejenigen Punkte, die sich eingehend mit der heutigen Bedeutungslosigkeit der Grenzforts und den Möglichkeiten eines Angriffsverfahrens gegen sie beschäftigen. Der französische General geht dabei von der Ansicht aus, daß so gute Dienste auch die großen befestigten Lagerplätze von Velfort, Epinal, Toul und Verdun im Ernstfall leisten könnten, so irrig sei die Meinung, daß die Sperrforts im Kriege diejenigen Aufgaben erfüllen würden, die die öffentliche Meinung heutzutage von ihnen erwarte. Schon von vornherein sei ihre Anlage verfehlt gewesen, denn alle Straßen mit ihnen sperren zu wollen, die von den deutschen Truppen eventuell benutzt werden könnten, sei ein Ding der Unmöglichkeit. Heutzutage aber, wo die Geschütze und die Geschosse so wesentliche Verbesserungen erfahren hätten, seien jene Forts, in denen zwei bis drei Infanteriekompanien mit einigen Geschützen Aufnahme finden sollten, wahre „Mausfallen“ und zu weiter nichts da, als die Verluste der eigenen Armee von vornherein mit einem hohen Konto zu belasten. Auch habe der russisch-japanische Krieg gelehrt, daß die gut angelegte Feldbefestigung eine erheblich glücklichere Rolle spiele und für den Verteidiger weit wertvoller sei, als die permanente Anlage kleiner Werke. Das liege eben daran, daß solche Forts von geringem Umfange eine zu gute Zielscheibe für die schwere Artillerie bieten, die heute die Feldarmee mit sich führe, und daß sie trotz allen Beton- und Payerschutzes gegen die Wirkungen

der Brisanzgranaten auf die Dauer völlig widerstandlos seien. Man könne sogar getrost sagen, daß heute von einer aktiven Verteidigung solcher Sperrforts kaum noch die Rede sei, denn die Besatzung werde durch das verheerende Feuer des Angreifers so gut wie „festgenagelt“ und könne nur unter schwersten Verlusten ins Freie gelangen. Und was das Feuer der eigenen Geschütze anlangt, so sei die Leistung derselben, die in den neuesten Forts vom gepanzerten Beobachtungsturm aus bis zu dem befehligenenden Artillerieoffizier in der Kasematte durch telephonische Verbindung erfolge, an sich schon schwierig genug und werde gar unmöglich, wenn nur ein einziger Schuß aus einem feindlichen Geschütz sein Ziel richtig trafe.

Um diesen seinen Auffassungen erhobenen Nachdruck zu geben und ihren ganzen Ernst anschaulicher zu machen, führt General Langlois aus, daß seiner Ansicht nach zum Angriff gegen ein Fort etwa eine Infanteriebrigade mit je drei Batterien Feldgeschützen und Feldhaubitzen verwendet werden würden. Nehme man an, daß alle Kanonen modernen Schnellfeuermaterials seien, so könnten diese 24 Geschütze in einer Minute 84 Sprenggranaten und 60 Schrapnells, zusammen also 144 Geschosse versenken, und es sei klar, daß ein energischer Angreifer bei nur einigem Geschick mit solchen Munitionsmengen bald zu einem Erfolge kommen müßte. Und zwar um so eher, als allein der Rauch von 60 einschlagenden Schrapnells dem Verteidiger jede Sicht nehme und der Lärm von 84 gut gezielten Sprenggranaten in der Minute alle telephonische Verständigung innerhalb des Forts unmöglich machen werde. Dazu komme, daß die eigene Infanterie, je länger die Verteidigung dauere, durch die vielen Trümmer aus den einfallenden Schutzwehren sehr belästigt werde, wenn ein Gegenangriff unternommen werden sollte, und daß ebenso sehr der Geruch der den freipendenden Geschossen entströmenden Gase, der Besatzung den Aufenthalt in den engen Hohlräumen unerträglich machen würde.

Nach alledem, so schließt General Langlois seine interessanten Ausführungen über den militärischen Wert der französischen Sperrforts, würde es ein unzersehblicher Fehler sein, wenn die oberste Heeresleitung nennenswerte Mittel zur Modernisierung oder zum Ausbau dieser fortifikatorischen Anlagen verwenden würde. Dieselben mögen in dem Zustande erhalten bleiben, in dem sie sich jetzt befinden, dagegen lasse sich nichts einwenden; vielleicht, daß sie auch als Stützpunkte oder zur Flügelanleitung in einer großen Feldschlacht eine gewisse Bedeutung erlangen können, aber mehr dürfe heutzutage nicht von ihnen erwartet werden, und sobald die Feldarmee gezwungen werden sollte, sich hinter ihre Linie zurückzuziehen, dann müßten sie unweigerlich aufgegeben und sogar zerstört werden, wenn dies irgend möglich sein sollte, damit der Gegner keinerlei Nutzen aus ihnen ziehen könne. Vor allen Dingen aber sei zu empfehlen, daß das Fort Manonviller, für das noch in jüngster Zeit große Geldopfer gebracht wurden, sogleich dem Erdboden gleich gemacht werde, denn einmal liege daselbst vollkommen isoliert und außerdem an einem Punkte, den der Gegner im Ernstfalle ebenso früh als die eigene Armee erreichen könne, so daß diese vielleicht nicht einmal in der Lage sein werde, die so teuer bezahlte Grenzbesatzung rechtzeitig mit genügenden Verteidigungsmitteln zu versehen.

Politik in der griechischen Armee.

Athen, 8. Februar.

In der Sitzung der griechischen Kammer vom 29. Januar — der ersten nach ihrer Vertagung — kündigte Ministerpräsident Theotokis in seiner Programmrede unter anderem an, daß die Regierung eine Novelle zu den gesetzlichen Bestimmungen betreffend das Avancement im Heere und der Kriegsmarine einbringen werde. Diese Novelle soll den Grundsatz enthalten, daß der ununterbrochene Dienst die Voraussetzung des Avancements sei. Theotokis führte aus, daß es das Interesse der Armee erfordere, den aktiven Offizieren den Eintritt als Deputierte in die Kammer etwas schwieriger zu machen. Die gegenwärtigen Uebelstände heifchten eine Besserung. Die Regierung wolle sicherlich nichts gegen die Verfassung unternehmen, aber man werde wohl zugeben: entweder brauche die Armee den Dienst ihrer Offiziere oder nicht. Im ersten Falle sollten die aktiven Offiziere in den Reihen der Armee bleiben; wenn aber kein derartiges Bedürfnis vorhanden wäre, so müßte die Kammer dafür Sorge tragen, den Staat finanziell zu entlasten. Wenn man wirklich für die Reorganisation und Schlagfertigkeit des Heeres und der Kriegsmarine sorgen wolle, so dürfe man nicht außer acht lassen, daß die Hauptaufgabe des Offiziers militärischer Natur sei. Wenn der Offizier diese seine Hauptaufgabe vernachlässige, so könne dies nur zum Nachteil der Armee ausschlagen. Auch leide die militärische Disziplin durch die Teilnahme kandidierender aktiver Offiziere an der Wahlbewegung, sowie durch den in der Natur der Sache gelegenen Uebelstand, daß der zum Deputierten gewählte Offizier in beständiger Fühlung mit seinen Wählern, bzw. mit derjenigen politischen Partei bleiben müsse, die ihn in die Kammer entsandt hat. Theotokis erinnerte an frühere Versuche, die militärischen Deputierten aus der Kammer zu eliminieren, und betonte, das verfassungsmäßige Recht der aktiven Offiziere, sich in die Kammer wählen zu lassen, solle nicht angetastet werden, allein die Verfassung spreche auch aus, daß der aktive Offizier seiner Dienstpflicht in der Armee zu genügen habe, und außerdem bestes für die Kriegsverwaltung kein verfassungsgemäßes

mäßiges Hindernis, die Voraussetzungen des Avancements zu bestimmen. Dies sei vielmehr ein ausschließliches Recht der Kriegsverwaltung, der es zustehe, zu beurteilen, ob der ununterbrochene Dienst des Offiziers in der Armee von längerer oder kürzerer Dauer sein müsse. Aus der ganzen Rede Theotokis ist ersichtlich, daß das gegenwärtige Kabinett in Erkenntnis der großen noch zu überwindenden Schwierigkeiten die Frage der militärischen Kammermitglieder auf einem Umweg und ohne Verfassungsänderung lösen möchte.

Bur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 9. Febr. Wie das Blatt „Slava“ aus Sewastopol von gestern meldet, wurden die Offiziere, welche die öffentliche Verhandlung in dem Prozeß des Leutnants Schmidt und die Befriedigung einiger Forderungen der Matrosen nachgesucht hatten, nach dem fernem Osten verlegt. Auf dem Dampfer „Saratow“ und einigen anderen Dampfern sei eine Erregung wahrnehmbar. Auf dem Panzerschiff „Katharina II.“ seien mehrere Offiziere verhaftet worden.

* Kutais, 9. Febr. Gestern mittag wurde in der Mitte der Stadt der Bezirkschef Begamow von einem Mann, dem es zu fliehen gelang, tödlich verwundet.

* St. Petersburg, 9. Febr. Der Aufbruch in Kaukasus gewinnt an Ausdehnung. Im Kreis Sangesaur ermordeten Tartaren 200 Kinder und Frauen und zündeten viele Häuser an. Die Armenier wichen ihnen entgegen, wobei ein blutiger Kampf stattfand. Die Tartaren flohen und ließen 10 Tote zurück.

* St. Petersburg, 9. Febr. Der Statthalter Graf Woronow-Daschkow meldet Seiner Majestät dem Kaiser unterm 27. aus Tiflis: Die Einwohner von Goryety haben aufs neue Treue geschworen. Eine nach Jekissawetpol entsandte Truppenabteilung hat die Straße von Schuja bis Zewlach frei gemacht. Schuja ist mit Lebensmitteln versehen und anscheinend ist eine Versöhnung der kämpfenden Nationalitäten erzielt. Zum gleichen Zweck ist eine Kolonne in den Kreis Sangesaur entsandt worden.

* Riga, 9. Febr. Die Gerüchte vom Rücktritt des Generalgouverneurs Sollogub und des Gouverneurs Zweginzef sind unbegründet. Unter der ethnischen Bevölkerung herrscht Ruhe. Die revolutionäre Bewegung ist im Erlöschen begriffen. Weniger bedrückend lauten die Berichte aus den Provinzen mit lettischer Bevölkerung. In den Bezirken Wenden und Walk haben nach dem Abbruch der Truppen Moranschläge und Erlasse von terrorisierenden Veranlassungen, in denen Regierungsbeamte zum Tode verurteilt werden, wieder begonnen. Ein General ist mit einer Truppenabteilung zur Wiederherstellung der Ruhe dorthin abgegangen.

* Rensa, 9. Febr. Der Polizeichef Kondautow wurde gestern vormittag ermordet. Der Mörder wurde festgenommen.

Der japanisch-koreanische Vertrag.

* London, 8. Febr. Der Korrespondent der „Tribune“ in Tschifu hat ein mit dem kaiserlichen koreanischen Siegel versehenes Dokument erhalten, in dem der Kaiser in mehreren Artikeln darlegt, daß der japanisch-koreanische Vertrag vom 17. November 1905 durchaus nicht, wie die japanische Regierung publiziert, in voller Harmonie mit der koreanischen Regierung zustande gekommen ist. Der Kaiser von Korea unterzeichnete nicht den am 17. November geschlossenen Vertrag. Er protestierte vielmehr gegen verschiedene Paragraphen des Vertrages, wie sie von Japan veröffentlicht worden sind. In dem Dokument heißt es u. a.: Der Kaiser verlangte während der Unterhandlungen die Aufrechterhaltung der Souveränität und leugnet, daß er diese einer ausländischen Macht übertragen habe. Japans Kontrolle über die inneren koreanischen Angelegenheiten sei niemals vom Kaiser anerkannt worden. Er willigte niemals in die Ernennung eines in Korea residierenden japanischen Generals ein. In dem Schlusssatz heißt es: Der Kaiser von Korea ladet die Großmächte ein, für eine nicht über fünf Jahre sich ausdehnende Periode die Kontrolle der auswärtigen koreanischen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 9. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimrat Dr. Freiherrn von Babo zu längerem Vortrag.

An der Frühstückstafel der Höchsten Herrschaften nahm Ihre Kaiserliche Hoheit Prinzessin Wilhelm teil. Abends hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Legationsrats Dr. Seyb.

(Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion des Großh. Hoftheaters wird uns zur Veröffentlichung mitgeteilt: Da Herr Matray wegen Erkrankung im Personale des Stadttheaters in Breslau den ihm gewährten Gastspielurlaub nicht antreten konnte und Herr Remond kontraktlich beurlaubt ist, wird Sonntag den 11. Februar anstatt „Rannhäuser“ „Wigels“ „Carmen“ als 41. Abonnementsvorstellung im Abonnements A und am Dienstag den 13. Februar statt „Die Jüdin“ „Wojazzo“ und „Coppelia“ als 42. Abonnementsvorstellung der Abteilung C gegeben werden. — Am Montag den 12. Februar wird anstatt „Kabale und Liebe“ „Shalespears“ „Macbeth“ zum erstenmale wiederholt werden.

(Am Großh. Konservatorium für Musik) fand am 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Konzertsaal der Anstalt ein einge-

schobenes Vorspiel statt. Das nächste Vorspiel (Vorbereitungsstücken) wird am Dienstag den 13. Februar, abends 6 1/2 Uhr, veranstaltet.

(Die nächste Sitzung des Bürgerausschusses) findet am Montag den 19. Februar d. J., nachmittags 3 1/2 Uhr, im großen Rathsaal bei folgender Tagesordnung statt: 1. Herstellung von Plänen und Kostenanschlägen für den Bau einer neuen Weststraße der städtischen Straßenbahn; 2. Anschaffung von 10 neuen Anhängewagen für die städtische Straßenbahn, Abänderung der Bremsvorrichtungen an den vorhandenen Anhängewagen, Herstellung eines neuen Ausweichgleises; 3. Ortsstatut über die örtlichen Inventurbehörden; 4. Erlassung eines Ortsstatuts über den Besuch der Gewerbeschule; 5. Nachtrag zu den Satzungen der Gewerbeschule; 6. Uebernahme des Landgrabens an der Durlacher Allee längs des zukünftigen neuen Mesplatzes; 7. Verkauf von Gelände an der Weierheimer Allee an den katholischen Oberstiftungsrat; 8. Verkauf von Gelände an der Sofienstraße an die Aktiengesellschaft Unionbrauerei; 9. Herstellung von Streden der Sofienstraße und der Weierheimerstraße; 10. Herstellung von Streden der Moonstraße und der Deurerstraße.

Vor der Sitzung — von 3 bis 3 1/2 Uhr — findet die Wahl eines Stellvertreters für den mit Tod abgestorbenen Stadtverordneten, Herrn Privatmann Christof Ulrich, statt.

(Aus dem Polizeibericht.) In einem Café gab ein Unbekannter ein falsches Einmarkstück mit dem Münzzeichen G und der Jahreszahl 1874 aus. — Ende v. M. erschwand sich ein etwa 19 Jahre altes Dienstmädchen bei einem Schuhhändler in der Südstadt drei Paar Damenknopfstiefel unter dem Vorgeben, seine Dienstherrschaft wolle eine Auswahl treffen. — Am 3. d. M. stieß ein Kutscher mit seiner Droshke Eduard Karl- und Sofienstraße einen 72 Jahre alten Privatier zu Boden; derselbe ist am 7. d. M. seinen Verletzungen erlegen. — Aus einem Hausgange in der Adlerstraße wurde am 7. d. M. ein Fahrrad, Marke Pfeil, Polizeinummer 4317, samt einem daran befestigten Paket, enthaltend ein Paar Socken, zwei Paar Strümpfe und ein Paar frisch gewaschene Kinderstiefel, entwendet.

* Mannheim, 8. Febr. Der Aufsichtsrat der Badischen Bank in Mannheim hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, der am 12. März d. J. stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 1/2 Proz. für das verlossene Geschäftsjahr in Vorschlag zu bringen.

* Kleine Nachrichten aus Baden. In den Orten des Bezirkes Raibstadt ist das Tabakvertriebsgeschäft beendigt. Die Preise bewegten sich zwischen 26 und 45 M. pro Zentner. — In Otterthal im Breisgau fiel das vier Jahre alte Söhnchen des Landwirts und Sängers Josef Nieder in den am Hause vorbeiführenden Otterthaler Bach und ertrank. Die Eltern verloren erst vor einem Jahre ein Kind durch Verbrennen infolge einer umfallenden Petroleumlampe. — In Wülheim findet am 23. Februar, nachmittags, im Rathsaal der alljährliche Markt für Marktgräser Weine statt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Wien, 9. Febr. In der heutigen Konferenz der Klubmänner kündigte der Ministerpräsident v. Gautsch die Wahlvorlage für Ende nächster Woche, spätestens für Anfang der übernächsten Woche an.

* Budapest, 8. Febr. In der Ruemer Grube der Urkämpf-Hilfskohlenvertriebsgesellschaft ist ein Ausstand ausgebrochen, der im Nachhinein begriffen ist und dem bis jetzt etwa 1500 Bergleute beigetreten sind.

* Fiume, 9. Febr. Seizer und Matrosen der ungarischen Schiffergesellschaft sind infolge einer Lohnbewegung in den Ausstand getreten. Die Direktion wandte sich an die Kriegsmarine mit der Bitte um Erfassungsmaßnahme. Der Versuch ist gescheitert.

* Rom, 8. Febr. Das neue Kabinett hat sich gebildet und folgendermaßen zusammengesetzt: Sonnino Vorsitz und Zumeres, Guicciardini Auswärtiges, Sacchi Justiz, Luzzatti Schatz, Salandra Finanzen, General Mainoni d'Intignano Krieg, Admiral Mirabello Marine, Boselli Unterrichts, Carmine Öffentliche Arbeiten, Pantano Landwirtschaft, Alfred Vacelli Post und Telegraphen.

* Paris, 8. Febr. Der Senat hat den von der Kammer genehmigten Gesetzentwurf, nach welchem der Betrag der von der Banque de France zu verausgabenden Billets um 800 Millionen Frank erhöht wird, angenommen.

* Paris, 9. Febr. Clemenceau hatte eine Anzahl Senatoren für gestern einberufen, um die von ihm geplante Gruppe der äußersten Linken zu gründen. Da jedoch nur wenige erschienen, wurde die Konstituierung dieser Gruppe auf die nächste Woche verschoben.

* London, 8. Febr. Während der Schießübungen des 111. Infanterieregiments wurden mehrere Offiziere von Antimilitaristen tödlich beschimpft. Vier derselben wurden verhaftet. Es sind dies polizeibekannt Anarchisten, welche auch die antimilitaristischen Aufrufe unterzeichnet hatten.

* Brüssel, 8. Febr. Der Vorstand des philosophischen Instituts in Leuven, Monsieur Mercier, ist zum Erzbischof von Mecheln ernannt worden.

* Haag, 8. Febr. Bei der Beratung des Kolonial-etats in der Ersten Kammer protestierte van Wassenar dagegen, daß im Deutschen Reichstag der Abg. Poasche gesagt habe, holländische Zivilbeamte in den Kolonien bereichern sich auf Kosten der Staatskasse. Holland könne jeden Bergleich mit allen Ländern rühmlich aushalten. Der Kolonialminister erklärte, Unbefriedigkeit und Mißstimmung seien charakteristische Züge der holländischen Beamten. Der liberale Vorhauer sagte, in seiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit sei ihm kein einziger Fall bekannt, daß sich ein Beamter in den Kolonien an fremdem Geld bereicherte.

* Madrid, 9. Febr. Nach dem gestrigen Ministerrat hatte der Ministerpräsident eine Unterredung mit Seiner Majestät dem Könige, wobei beschlossen wurde, die Absicht des Königs, sich mit der Prinzessin Ena von Battenberg zu vermählen, amtlich bekannt zu geben. Die auswärtigen Regierungen sollen am 20. Februar durch eine Note benachrichtigt werden. Der Text des Ehevertrags wird später dem Parlament mitgeteilt. Die Regierung wird im Einvernehmen mit dem Könige den Tag der Vermählung festsetzen, wahrscheinlich wird es der 2. Juni sein.

* Lifabon, 9. Febr. Ministerpräsident Luziano du Castro erstattete infolge des stürmischen Verlaufs der gestrigen Kammer Sitzung dem König Bericht über die politische Lage. Der König genehmigte, daß sofort der Staatsrat einberufen und daß heute das Parlament aufgelöst werde.

* Konstantinopel, 9. Febr. Die Meldungen über eine Niederlage der Jemenaten, über die Vertreibung des Fez Paschas, sowie die Gerüchte über eine neuerliche Einschließung

von Sana bestätigen sich nicht. Die letzte Depesche Fezi Paschas meldet, daß, trotz der Hindernisse und Schwierigkeiten, die Operationen ungehindert und planmäßig fortgeschritten.

* Washington, 8. Febr. Das Repräsentantenhaus nahm mit 346 gegen 7 Stimmen die Hepburn-Bill, betreffend die Bahnfrachten, an, durch welche die Kommission für den zwischenstaatlichen Handel ermächtigt wird, eine Untersuchung über die Frage der Bahnfrachten anzustellen und einen gerechten höchsten Frachttarif bekannt zu geben, der, wenn er nicht durch die Gerichte oder die Kommission selbst außer Geltung gesetzt wird, 30 Tage nach seiner Bekanntgabe in Wirksamkeit treten und drei Jahre in Kraft bleiben soll. Das Gesetz schreibt auch ferner vor, daß die Betriebsmethoden der Bahnen öffentlich dargelegt werden sollen und gibt bestimmte Vorschriften für die Führung der Geschäftsbücher. Die Vorlage, die jetzt an den Senat geht, stimmt im allgemeinen mit den vom Präsidenten Roosevelt in seiner letzten Botschaft empfohlenen Maßnahmen überein.

* Santiago de Chile, 9. Febr. Ein bejorniserregender Streik ist in Antofagasta unter den Leuten der Drurruisenbahn ausgebrochen. Bei einem damit in Zusammenhang stehenden Tumult sollen nach amtlichen Nachrichten gegen 100 Menschen getötet worden sein, darunter auch in englischer Untertan. Die Regierung entsandte Schiffe mit Truppen nach Antofagasta. Die ganze Arbeiterbevölkerung des Landes ist von einer bedrohlichen Unruhe ergriffen.

* London, 9. Febr. „Daily Chronicle“ meldet aus Melbourne vom 3. Februar: Unter dem Gepäck zweier Japaner, welche sich als Kaufleute ausgaben, wurde eine vollständige Kopie der geheimen Pläne der Befestigungen von Sidney entdeckt. Der Landesverteidigungsminister hat eine Untersuchung des Falles veranlaßt. Die Behörden äußern sich sehr zurückhaltend, aber der Minister betrachtet die Angelegenheit als sehr ernst. Wenn die Untersuchung ergeben sollte, daß die beiden Männer Spione sind, so fürchtet er, daß die unter den Australiern herrschende Abneigung gegen die Japaner noch verschärft wird.

* London, 9. Febr. Der „Standard“ meldet aus Hongkong unterm 8. Februar: Die englische Presbyterianermission in Shanghai wurde von einer Bande überfallen. Die Kirche, das Krankenhaus und die Missionsgebäude sind niedergebrannt worden. Die Missionare entkamen. Die Bande, die vermutlich aus Revolutionären besteht, ist in der Richtung nach Tschangtschu weitergezogen.

* Tokio, 9. Febr. Das Abgeordnetenhaus nahm mit 230 gegen 117 Stimmen eine Gesetzesvorlage an, nach welcher ein Schuldentotalisationsfonds geschaffen werden soll.

* Tokio, 9. Febr. Der Landtag nahm nach erregter Debatte den Vorschlag an, daß die Kriegsteuer weiter erhoben werden soll, und zwar mit 222 gegen 125 Stimmen.

Verschiedenes.

† Bremerhaven, 9. Febr. (Telegr.) Gestern vormittag wurde auf der Widmerwerft das auf eigene Rechnung der Firma Widmers erbaute Schiff „M. C. Widmers“, das größte Schiff der Welt, glücklich vom Stapel gelassen. Das Schiff ist 134,10 Meter lang und 16,40 Meter breit, verdrängt 8000 Tonnen Tragfähigkeit und 8,23 Meter Tiefgang.

† Berlin, 9. Febr. (Telegr.) Zur Ermittlung des Mörders Hennig wurde auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten eine Durchsuchung der sämtlichen Laubentkolonien um Berlin veranlaßt.

† München, 8. Febr. (Telegr.) Geh. Rat Universitätsprofessor Wilhelm v. Christ, Mitglied des kaiserlichen deutschen archäologischen Instituts, ist gestorben.

† Muran (Steiermark), 9. Febr. (Telegr.) Von einer Lawine verschüttet wurde der österreichische Rittmeister Brauner. Sein Führer konnte sich retten. Eine Rettungs-expedition von 12 Mann ist von hier abgegangen.

† Paris, 9. Febr. An der ganzen Mittelmeerküste herrscht seit gestern heftiger Sturm. Der vorgestern aus Algier fällige Postdampfer war gestern Abend in Marseille noch nicht eingetroffen.

† Sofia, 8. Febr. Seitens eines Syndikates, bestehend aus der Berliner Handelsgesellschaft, der Bank für Handel und Industrie in Berlin, der Banque Generale de Bulgarie in Sofia, der Pester Ungarischen Commercialbank in Budapest, der k. k. priv. Oesterreichischen Länderbank in Wien und der Banca Marinarosch Bank u. Co. in Vulest sind 35 000 000 Frank 5 Proz. steuerfreie, amortisable Goldanleihe der Stadt Sofia übernommen worden. Die Anleihe genießt unbedingte Staatsgarantie.

† Dinton (West-Virginia), 9. Febr. (Telegr.) In den Berell-Kohlengruben in der Grafschaft Kaney entlief gestern eine Explosion, wobei 40 Menschen ums Leben kamen.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 9. Februar 1906.

Der hohe Druck hat sich seit gestern wieder auf den Atlantischen Ozean westlich vom Kanal zurückgezogen und Mitteleuropa steht unter der Herrschaft einer tiefen, bei den Lofoten gelegenen und weit nach Süden hin ausgedehnten Depression. Bei leichtem Frost fällt überall Schnee. Eine wesentliche Veränderung ist vorerst nicht zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 9. Februar 1906, früh.
Lugano bedeckt 0 Grad; Biarritz bedeckt 7 Grad; Nizza wolkenlos 6 Grad; Triest bedeckt 2 Grad; Rom wolkenlos 2 Grad; Florenz bedeckt -0 Grad; Cagliari bedeckt 9 Grad; Brindisi bedeckt 7 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in mm	Feuchtheit in Proz.	Wind	Himmel
8. Nachts 9 ⁰⁰ U.	743.5	1.7	3.7	71	SW	bedeckt
9. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	740.1	0.9	4.1	82	B	"
9. Mittags 2 ⁰⁰ U.	741.4	2.5	4.0	72	SW	"

1. Schnee.
Höchste Temperatur am 8. Februar +5.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -0.6.
Niederschlagsmenge des 8. Februar: 3.4 mm.
Schneehöhe: 10.0 cm

Wasserstand des Rheins am 9. Februar, früh: Schutterinsel 1.27 m, gestiegen 2 cm; Rehl 1.67 m, gefallen 2 cm; Wagan 3.19 m, gefallen 5 cm; Mannheim 2.62 m, gefallen 5 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Heute abend entschlief sanft nach kurzem Krankenlager in Stuttgart mein geliebter Mann, unser geliebter Vater, der

Grossh. Bad. Hofrat

Dr. med. W. Henry Gilbert

Baden-Baden, 7. Februar 1906.

Cécile Gilbert

geb. Mendelssohn-Bartholdy und Kinder.

Die Beerdigung findet am Sonntag den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der englischen Kirche in Baden-Baden aus statt.

971

Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.

Im Jahre 1821 errichtet.

Nach dem Rechnungsabluß der Bank für das Jahr 1905 beträgt der zur Verteilung kommende Ueberschuß:

75 Prozent

der eingezahlten Prämien. 965

Die Mitglieder empfangen ihren Ueberschuß-Anteil beim nächsten Ablauf der Versicherung oder des Versicherungsjahres durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den im § 11 der Satzung bezeichneten Ausnahmefällen aber bar durch die unterzeichneten Agenturen:

Karlsruhe: R. Graebener, Herrenstr. 17, Fernsprecher 1242.
EGgenstein: Versicherungs-Beamter Leopold Striby.

Vergebung von Bauarbeiten.

Die **Südwestliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft in Straßburg** schreibt hiermit für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes folgende Bauarbeiten öffentlich aus:

- Erdb-, Maurer- und Asphaltarbeiten, einschließlich Eisenlieferung.
- Steinbauarbeiten.
- Zimmerarbeiten.

Die Bedingungenunterlagen können täglich von 10—12 Uhr vormittags bei dem hauseigenen Architekten Albert Wabler in Straßburg, Judengasse 27, eingesehen werden. Angebotsformulare werden gegen eine Vergütung von Mk. 3 abgegeben. Verhegelte Angebote sind bis zum 17. Februar, vormittags 11 Uhr, an den Vorstand der Südwestlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft in Straßburg i. El., Hagenaueyplatz Nr. 9, einzureichen.

Der Genossenschaftsvorstand.

Apollo-Theater

Samstag den 10. Februar 1906:
Keine Vorstellung.

Sonntag den 11. Februar:

11—1 Uhr: **Frühschoppenkonzert**
nachm. 1/2 4 Uhr: **Familienvorstellung**
(Kinder 25 Pfennig)

abends 8 Uhr: **Galavorstellung**

NB. In sämtlichen Vorstellungen Auftreten der Truppe **Dafils**, Kunst-Motorfahrer in der Luft. 945

Zum Schluß: Vorführung des auf dem hiesigen Maskenball preisgekrönten „**Wachmannenkmal**“.

11.427.6

Thürmer-Pianinos

zeichnen sich aus durch solide Konstruktion, Fülle und Schönheit des Tones, einfaches, aber geschmackvolles Gehäuse und ausserordentliche Preiswürdigkeit; sie unterscheiden sich dadurch wesentlich von vielfach zu gleichen Preisen angebotenen Pianinos.

In 3 Grössen vorrätig:

I Mk. 550.—
II Mk. 620.—
III Mk. 700.— bis Mk. 800.—

Aussergewöhnliche Ausstattungen: Besondere Preise.

Ludwig Schweisgut

Hoflieferant, 4 Erbprinzenstr. 4
Karlsruhe.

Amtliche Ausgabe

der
Badischen Vermessungsanweisung
(Neuauflage von 1863)
um jeden Preis zu kaufen gesucht.
Karl Frey, Triangulometer, Freiburg,
Merzstr. 8. 966.12.3

Nächste Grosse Bad. Invaliden- Geld-Lotterie

Ziehung sicher 24. Februar
**2928 Baargewinne
ohne Abzug Mk.
44 000**

1. Hauptgew. M. 20000
2. Hauptgew. M. 5000
29.6 zus. M. 19000
Los 1 M. | II Lose 10 Mk.
| Porto u. Liste 30 Pfg.
versendet

J. Stürmer, General-Agent
Strassburg i. E.
In Karlsruhe: **Carl Götz**,
Hebelstr. 11/15; E. Flüge.

Waldpflanzen.

Berschulte Fichten, Weisstannen, Föhren, Lärchen, Erlen, Eichen, Ahorn, Birken, Kastanien, Akazien, Eichenpflanzen usw. liefern in fräftiger bester Qualität billigt **Gustav Burger**, Forstbaumschule, Zell a. D. (Baden). 682.6.5

Bürgerliche Rechtsstreite.

Öffentliche Zustellung.

9.57.2.1. Nr. 3243. **Rastatt.** Der **Karl Baumbach**, Oberlehrer in Karlsruhe — vertreten durch Rechtsanwalt **Dr. Vogel** in Rastatt — klagt gegen den Architekten **Wilhelm Steinhilber** aus Auerbach unter der Behauptung, daß der Beklagte dem Kläger 6 Proz. Zinsen aus 6000 M. für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1905 schulde, mit dem Antrage, den Beklagten zu verurteilen, an den Kläger 90 Mark nebst 4 1/2 Proz. Zins vom 1. Januar 1906 zu bezahlen und die Befriedigung des Klägers wegen dieser Forderung im Wege der Zwangsvollstreckung aus dem auf den Namen des Beklagten im Grundbuch von Rothensfeld, Lgh.-Nr. 347d eingetragenen Grundstücke nach dem Range des Eintrags der Sicherungshypothek vom 22. Dezember 1900 zu bilden.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das **Großh. Amtsgericht zu Rastatt** auf

Dienstag den 27. März 1906,
vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Rastatt, den 5. Februar 1906.
Eichenauer,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Aufgebot zwecks Todeserklärung.

9.56.2.1. Nr. 1706. **Lahr.** Landwirt **Georg Gähler-Müllerleite** in Lahr hat beantragt, seinen Bruder, den am 15. November 1845 in Lahr, als Sohn des **Jacob Gähler** und der **Magdalena geb. Schloffer**, geborenen **Andreas Gähler**, zuletzt wohnhaft in Lahr, seit 1866 oder 1867 nach Amerika ausgewandert und seither verschollen, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Samstag den 25. August 1906,
vormittags 11 Uhr,

vor dem **Großh. Amtsgericht Lahr** anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Lahr, den 8. Februar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Eisenberger,
Großh. Amtsgerichtsschreiber.

Aufgebot.

9.20.2. Nr. 5721. **Forzheim.**

1. **Philipp Haas** in Fulton, in der Grafschaft Fulton, Staat Illinois,
2. **Caroline geb. Haas**, Ehefrau des **Cornelius Mc Elroy** in Holly, Grafschaft Lyon, Oregon,
3. **Mary geb. Haas**, Ehefrau des **Frank J. Snyder** in Canton, Staat Illinois,
4. **Jacob Haas** in Seattle, Washingtonstr. 121, Washington,
5. **Luisa geb. Haas**, Ehefrau des **William B. Young** in Canton, Illinois,
6. **John Boyer** als Vormund des minderjährigen **Wilford Boyer**,
7. **Levis Haas**,
8. **Katie Haas**, Ehefrau des **John D. Wilson**, wohnhaft bei Canton, Grafschaft Fulton, Illinois,
9. **Martha geb. Hebb**, Witwe des **Samuel Haas**, und
10. deren Sohn **John Haas**, Ziffer 9 und 10 wohnhaft in Selvin, Grafschaft Warren, Staat Indiana,
11. **Johann Jakob Friedrich Müller**, 12. **Rosina Katharina verehel. Roll**, 13. **Anna Barbara Elisabeth verehel. Hagemann**,
14. **Karolina Katharina verehel. Schieberauer**,
15. **Johann Jakob Daniel Müller**, Ziffer 11—15 wohnhaft in Rummelswaid, Staat Missouri, Ziffer 1—15 vertreten durch die Generalbevollmächtigten **Carl Laiblin**, Bankgeschäft in Heilbronn, bzw. **Eugen Hoerner**, in Firma **Carl Laiblin**, Bankgeschäft in Heilbronn,

haben beantragt, die am 25. Oktober 1826 geborene, zuletzt in Langenalb wohnhaft gewesene **Christine Haas**, die sich am 18. März 1847 in Langenalb mit einem Ziegler **Georg Gähler** verehelicht für tot zu erklären. Die Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotsstermine zu melden, der auf

Donnerstag den 20. Dezember 1906,
vormittags 10 Uhr,

vor **Großh. Amtsgericht Forzheim**, II. Etod., Zimmer 15, festgesetzt ist, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

Alle, die Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu geben vermögen, werden aufgefordert, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Forzheim, den 2. Februar 1906.
Lohrer,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

9.59. Nr. 2565. **Lahr.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Kommanditgesellschaft „Lahrer Bankverein“** in Lahr ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen vor **Großh. Amtsgericht Lahr** bestimmt auf

Donnerstag den 1. März 1906,
vormittags 11 Uhr.

Lahr, den 5. Februar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Eisenberger,
Großh. Amtsgerichtsschreiber.

Konkursverfahren.

9.61. Nr. 2729. **Lahr.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Louis Martes**, Inhabers der Firma **J. Widmann Nachfolger** in Lahr ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen vor **Großh. Amtsgericht Lahr** bestimmt auf

Samstag den 3. März 1906,
vormittags 11 Uhr.

Lahr, den 7. Februar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Eisenberger,
Großh. Amtsgerichtsschreiber.

Konkursverfahren.

9.60. Nr. 2440. **Lahr.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Bureauleiters Gottlob Wagner** von Lahr ist nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben worden.

Lahr, den 5. Februar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Eisenberger,
Großh. Amtsgerichtsschreiber.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

9.58. **Wertheim.** Durch Beschluß **Großh. Amtsgerichts Wertheim** vom 3. Februar 1906 ist die wegen Verwahrung erfolgte Entmündigung der ledigen **Katharina Defert** von Hofsefeld wieder aufgehoben worden.

Wertheim, den 3. Februar 1906.
Großh. Amtsgericht.
Volkert.

Vereinsregister.

9.40. Unter O.-Z. 16 wurde zum diesseitigen Vereinsregister eingetragen: **Evangelischer Kinderschulverein Jahnheim.**

Lahr, den 31. Januar 1906.
Großh. Amtsgericht.

Vermischte Bekanntmachungen.

Die Lieferung von ungefähr 1 000 000 kg langsam bindenden **Portlandzement** soll öffentlich vergeben werden.

9.55. Die Bedingungenunterlagen können von unserem Zentralbureau gegen post- und befriedigtfreie Einbusung von 30 Pf. (nicht in Dreimarkstücken) bezogen werden. Angebote sind postfrei mit der Aufschrift: „Angebot auf Lieferung von Zement“ bis zum 22. Februar d. J., vormittags 11 Uhr, hierher einzureichen.

Zuschlagsfrist: 1. April 1906.
Mainz, den 7. Februar 1906.
Königl. Kreis- u. Großh. Hessische Eisenbahndirektion.

Arbeitsvergebung.

Nachstehende Arbeiten zum **Neubau für Styrum-Spital in Bruchsal** sollen im Wege des öffentlichen Ausschreibens vergeben werden:

9.54.2.1.

1. Verputzarbeit,
2. Schreinerarbeit,
3. Glaserarbeit,
4. Fuß- u. Wandbeläge mit Fliesen,
5. Schlofferarbeit,
6. Anstreicherarbeiten.

Zeichnungen und Bedingungen liegen bei unterzeichneter Stelle zur Einsicht auf, wofür auch die Angebotsformulare gegen Erstattung der Selbstkosten abgegeben werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Arbeitsvergebung für Styrum-Spital Bruchsal“ versehen, bis spätestens **Mittwoch den 21. Februar 1906, vormittags 10 Uhr**, einzureichen, und findet zu dieser Zeit das Öffnen der Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bewerber statt.

Bruchsal, den 8. Februar 1906.
Großh. Bezirksbauinspektion:
Dr. Hirsch.

Wasserversorgung der Gemeinde Dos.

Die Gemeinde **Dos** vergibt im Wege des öffentlichen Angebotsverfahrens die Herstellung eines Hochbehälters mit 400 cbm Raum aus Stampfbeton und Quadermauerwerk. Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Wasserleitung“ versehen, bis längstens **Freitag den 23. Februar 1906, vormittags 10 Uhr**, auf dem Rathause in **Dos** einzureichen, wofür deren Eröffnung stattfindet. Die freie Wahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten. Angebotsverzeichnisse und Bedingungen können gegen postfreie Einbusung von 1 M. vom **Bürgermeisteramt Dos** bezogen werden, wo auch der Plan des Behälters zur Einsicht liegt.

9.52.2.1.
Großh. Kulturinspektion Karlsruhe.

Wasserversorgung

der zu **Dilsberg** gehörigen Ortsteile **Rainbach**, **Dilsberger Hof** und **Junghof**.

Die Gemeinde **Dilsberg** vergibt im öffentlichen Angebotsverfahren die Arbeiten zur Wasserleitung von **Rainbach**, **Dilsberger Hof** und **Junghof**, und zwar:

9.53.2.1

Die Leitungen mit einer Gesamtlänge von 4000 m aus 40—80 mm weiten Gussrohren, sowie den Einbau von Hydranten, Schiebern usw., die Herstellung von zwei Brunnenstuben und von drei Hochbehältern — zwei mit 30 cbm, einen mit 15 cbm Inhalt —

Angebote hierauf wollen bis **Donnerstag den 22. Februar, vormittags 10 Uhr**, auf dem Rathaus in **Dilsberg** niedergelegt werden.

Angebotsformulare können von unterzeichneter Stelle, bei welcher auch die Pläne und Bedingungen zur Einsicht offen liegen, bezogen werden.

Heidelberg, den 5. Februar 1906.
Großh. Kulturinspektion.

Bauarbeiten-Vergebung.

Für den **Neubau der medizinischen Poliklinik in Heidelberg** sollen nachstehende Arbeiten im Wege des öffentlichen Angebots vergeben werden:

Nach Teilen des Voranschlags:

- XIII. Verputzarbeit,
- XIV. Boden- und Wandbeläge:
 - a. Plättchen,
 - b. Terrazzo,
 - c. Linoleum (und Unterlagen),
- XV. Glaserarbeit,
- XVI. Schreinerarbeit,
- XIX. Schlofferarbeit,
- XX. Fingerarbeit,
- XXII. Installation.

Arbeitsauszüge werden bis **Mittwoch den 7. Februar bis 20. Februar 1906** jeweils vormittags von 9 bis 11 Uhr vom **Baubureau Heidelberg**, Poststraße 5, gegen Vergütung der Selbstkosten abgegeben. Ebenda liegen Zeichnungen, Bedingungen usw. zur Einsicht der Bewerber auf.

Die auf Einzelpreise zu stellenden Angebote sind spätestens **Mittwoch den 21. Februar d. J., vormittags 9 Uhr**, postnähig verschlossen, mit entsprechender Aufschrift versehen, postfrei bei unterzeichneter Stelle, Poststraße 21, einzureichen, wo im Beisein etwaiger erschienenen Bewerber die Eröffnung stattfindet. 9.924.3

Heidelberg, den 3. Februar 1906.
Großh. Bezirksbauinspektion.

Bauarbeiten-Vergebung.

Zum **Neubau eines dreistöckigen Beamtenwohngebäudes** in **Rastatt** sollen nachgenannte Arbeiten öffentlich zur Ausführung vergeben werden:

1. Verputzarbeiten,
2. Schreinerarbeiten,
3. Glaserarbeiten,
4. Rolladenlieferung,
5. Schlofferarbeiten,
6. Anstreicherarbeiten.

Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe (die nach auswärts nicht versendet werden) liegen auf meinem Hochbaubureau, **Bismarckstraße Nr. 4**, in **Rastatt**, während der üblichen Dienststunden zur Einsicht auf, wofür auch die Angebotsformulare erhoben werden können.

Die Angebote sind spätestens bis **Mittwoch den 21. Februar, vormittags 10 Uhr**, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, anbei einzureichen.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Rastatt, den 8. Februar 1906.
Der Großh. Bauinspektor.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Auf **15. Februar 1906** werden die Stationen **Wattora**, **Sokolitz** und **Stary-Sambor** der **I. ö. ö. Reichs-Eisenbahnen** in die Abteilung I (Schmittholz) des Tarifbeschlusses Nr. 4 des Teils IV für den südböhmisch-österreich-ungarischen Verband aufgenommen. Die Höhe der Sätze ist bei den Verbandsstationen zu erfragen.

Karlsruhe, den 7. Februar 1906.
Großh. Generaldirektion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Südlich des **Bahnhofes Heidelberg** ist eine 1200 m lange **Druckwasserleitung** von 250 und teilweise 200 mm Durchmesser auszuführen. Die gesamten Arbeiten und Lieferungen hierfür werden in einem Los öffentlich vergeben.

Die Angebote, wofür die Unterlagen gegen vorherige Entrichtung von drei Mark abgegeben werden, sind bis zu dem auf **Freitag den 16. Februar d. J., vormittags 10 Uhr**, festgesetzten Eröffnungstermin verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen.

9.890.3

Zuschlagsfrist drei Wochen.
Heidelberg, den 1. Februar 1906.
Der Großh. Bauinspektor II.